



**University of
Zurich^{UZH}**

**Zurich Open Repository and
Archive**

University of Zurich
University Library
Strickhofstrasse 39
CH-8057 Zurich
www.zora.uzh.ch

Year: 2014

Die nationale Restdemokratie als politisches Leitfossil

Tanner, Jakob

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich
ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-106300>
Journal Article

Originally published at:

Tanner, Jakob (2014). Die nationale Restdemokratie als politisches Leitfossil. *Journal of Modern European History*, 12(1):71-79.

Jakob Tanner

Die nationale Restdemokratie als politisches Leitfossil

Innerhalb der Wirtschaftswissenschaften verhalten sich Krisentheorien antizyklisch; sie blühen auf, wenn die Weltwirtschaft durch Ein- und Umbrüche erschüttert wird, sie werden flügelahm, wenn die materielle Wohlstandsvermehrung vorankommt. So schuf die Große Depression der 1930er Jahre ein Treibhausklima für die theoretische Modellierung von Konjunkturschwankungen, während die *Trentes glorieuses* zwischen 1945 und 1975 durch Wachstumstheorien dominiert wurden. In diesen Prosperitätsjahrzehnten herrschten Zukunftszuversicht, Machbarkeitsglaube und Planungseuphorie vor; maßgebliche Ökonomen wollten in Krisen nur noch das Resultat einer mangelnden Aufklärung der politischen Entscheidungsträger über makroökonomische Zusammenhänge sehen. An Marx sich orientierende Krisentheoretiker erwiesen sich als resistenter gegenüber diesen langfristigen konjunkturellen Wechsellagen. Auch während des Wirtschaftswunders blieb die Selbstauflösungstendenz des Kapitalismus ein Thema. Die Krisenerwartungen erfuhr jedoch – und dies ist ein zentraler Einsatzzpunkt des Buches von Wolfgang Streeck¹ – in den Theorien des Spätkapitalismus eine folgenschwere Modifikation. Als Jürgen Habermas und Claus Offe in den Jahren um 1970 ihre Analysen vorlegten, glaubten sie, im Einklang mit dem Mainstream der Wirtschaftswissenschaften, an die grundsätzliche Steuer- und Regulierbarkeit einer kapitalistischen Marktwirtschaft. Die Problemstellung verlagerte sich von der Kritik der politischen Ökonomie in die Staats- und Demokratietheorie. Aus dieser Perspektive sollte der Kapitalismus schließlich nicht an inneren ökonomischen Widersprüchen, sondern an einem progressiven Akzeptanzschwund scheitern. Aus der Krise einer Produktionsweise war eine Legitimationskrise geworden.

¹ W. Streeck, *Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus*, Berlin 2013. Die einge-

klammerten Seitenzahlen beziehen sich auf dieses Buch.

Rote Zahlen statt rote Fahnen

Streeck interpretiert diese Verschiebung retrospektiv als Ausdruck einer Fortschrittsillusion. Mit einleuchtenden Argumenten zeigt er auf, wie sich der Kapitalismus seit den 1970er Jahren über private und staatliche Verschuldung erneut zu stabilisieren vermochte. Während die Loyalität breiter Bevölkerungsschichten durch «pumpkapitalistische» Konsumsteigerung und neue Formen der Massenunterhaltungen regeneriert werden konnte, waren es nun die kapitalistischen Eliten, die dem «demokratischen Kapitalismus» die Gefolgschaft aufkündigten. «Das Kapital» – in den makroökonomischen Analysen der Nachkriegszeit ein versachlichter Produktionsfaktor – hat sich seither als effizienter politökonomischer Akteur selbstbewusst rekonstituiert. Es wurde in der Folge wieder zu dem, was es bei Marx seinerzeit schon war: ein «ständiger Unruheherd», ein «auf Dauer gestellter Störfall der modernen Wirtschaftsgesellschaft» (44). In dieser Eigenschaft strebten kapitalistische Eliten den Rückzug aus jenem sozialen Engagement an, das sie vorher im Zuge jahrzehntelanger Demokratisierungsprozesse eingegangen waren, um den Klassenkampf zurückzudrängen und die gesellschaftliche Kohäsion zu festigen. Fortan reagierte das zur Klasse gewordene Kapital auf den expandierenden Finanzmärkten mittels Vertrauensentzug auf soziale Regulierungen und fiskalische Eingriffe. Über eine ganze Kaskade von Krisen wurde der Umbau des Staates in eine «Liberalisierungsmaschine» (148) vorangetrieben.

Streeck erzählt die Geschichte des Aufstiegs des Finanzmarktkapitalismus und der Finanzialisierung als Ingangsetzung dieser neuen Form kapitalistischer *Agency*. Er schildert schlüssig die Entwicklung vom Steuerstaat über den Verschuldungsstaat hin zu einem Konsolidierungsstaat. Letzterer bindet demokratisches Regieren strikt an kapitalistische Verwertungsbedingungen zurück und lehnt die «Friedensformel» des Nachkriegskapitalismus» (52), der sich mit dem materiellen Wohlergehen der ganzen Bevölkerung verbündet hatte, ab. Das Ziel ist nun die «politische Entmachtung der Massendemokratie» (84). So kann die «soziale Gerechtigkeit», die auf einen staatlich vermittelten gesellschaftlichen Ausgleich abzielte, durch die neue Norm einer «Marktgerechtigkeit» ausgehebelt werden. Nach diesem Gerechtigkeitskonzept sind politische Eingriffe in die Allokation und Verteilung illegitim und kontraproduktiv (90 ff.). Dies wiederum führt zu Verhältnissen, in denen kapitalistische Eliten im hektischen Rhythmus von *Bubbles* und *Crashes* ein Matthäus-Prinzip durchsetzen können, das die Spitzeneinkommen und -vermögen explodieren lässt. Mit den so entstehenden sozialen Spannungen nimmt gleichzeitig auch das Sicherheitsbedürfnis zu. Ein starker Recht- und Kontrollstaat soll diese Probleme handhabbar machen und die Regierbarkeit garantieren.

Dieser Vorgang wird – so die starke Titelthese des Buches – durch die Zeitverschiebungs- und Entlastungseffekte von Kreditoperationen vorangetrieben. Das Kapital «arbeitet» auf neue Weise mit Temporalmodalitäten; es annulliert die kapitalistisch-demokratischen Verpflichtungen der Vergangenheit und verschiebt die dem

Kapitalismus inhärenten und damit unlösbaren Probleme mittels Schuldenmachen im großen Stil in die Zukunft, von wo aus diese wiederum als *Avenir* (im Sinne von «a-venir», das heißt als das, was auf die Gesellschaft zukommt) die Gegenwart unter Druck setzen. Zukunft löst sich in die Amortisationsmechanik von Staats- und Privatschulden auf. Die Erpressung mit «roten Zahlen» macht der historischen Hoffnung der «roten Fahne» den Garaus. Streecks Buch ist im Kern die Geschichte eines kapitalistischen Systems, das in die Ära einer finanzwirtschaftlichen Verschuldungsspirale mit nach oben offener Skala eingetreten ist. Der Kapitalismus kolonisiert die Zukunft, und indem er sie als gesellschaftliche Ressource für Profitmaximierung nutzt, werden alternative Entwürfe des Kommenden undenkbar.²

Die neoliberale Falle

Gekaufte Zeit ist indessen ein Buch, welches das Analysepotenzial, das in diesen inspirierenden Thesen steckt, nicht ausschöpft. Nach dem imposanten Problemaufbau in der ersten Hälfte stellen die letzten Kapitel des Buches einen bemerkenswerten intellektuellen Schrumpfgang dar. Dieser kündigt sich schon im Kapitel über die «Politik des Schuldenstaates» (117 ff.) an, in welchem dem «Staatsvolk» ein «Marktvolk» gegenübergestellt wird. Letzteres besteht aus den Gläubigern, die als Investoren die verschuldeten Staaten und Privathaushalte mit Vertrauensabstimmungen in Schach halten. Streeck macht deutlich, wie eine aufgrund von Steuersenkungen strukturell wachsende Staatsschuld von den Gläubigern und ihren Intermediären, den Banken, als Hebel benutzt wird, um der Politik Schranken aufzuerlegen, sodass die Handlungsspielräume eines demokratischen Staates abnehmen und durch schiere Anpassungszwänge einer globalisierten Standortkonkurrenz ersetzt werden. Es wird in *concreto* nachvollziehbar, wie das zum mächtigen Akteur gewordene «Kapital» über die Variable «Vertrauen» bzw. «Vertrauensverlust» die Politik seiner eigenen Verwertungslogik unterwirft.

Streecks Analyse von Marktmacht ist plausibel. Doch die derweil stattfindende semantische Metamorphose der Gläubiger in ein «Volk» ist Ergebnis einer theoretischen Alchemie, deren Rezeptur Streeck nicht ausweist und wohl selber nicht kennt. Mit dieser «Volks»-Konzeption tappt er geradewegs in die Falle der Neoliberalen, die er so heftig bekämpft. Ludwig von Mises, der schärfste Kritiker einer sozialistischen Planwirtschaft, trat mit dem Argument an, die kapitalistische Marktwirtschaft sei «eine Demokratie, in der jeder Groschen eine Wahlstimme gibt. (...) Die kapitalistische Gesellschaftsordnung ist mithin im strengsten Sinne des Wortes Wirtschaftsdemokratie.»³ Auch Friedrich A. Hayek delegitiimierte demokratisch begrün-

² Von einer ähnlichen Vorstellung ausgehend fordern anarchistische Autoren wie David Graeber die Streichung aller Schulden. Vgl. D. Graeber, *Schulden. Die ersten 5000 Jahre*, Stuttgart 2011, 410.

³ L. von Mises, *Die Ursachen der Wirtschaftskrise. Ein Vortrag*, Tübingen 1931, 8.

dete Eingriffe in Marktwirtschaft, weil sie seiner Meinung nach die Entfaltung der «spontanen Ordnung» stören. Es war das allgemeine Credo der «österreichischen Schule», dass nationaler Protektionismus und sozialistische Planung verschwinden sollten, damit der Raum geöffnet werden kann für das ungeplante und unplanbare «Entdeckungsverfahren» des freien Wettbewerbs.⁴ Die neoliberalen Ideologen sind überzeugt, dass Märkte generell, automatisch und jederzeit für die beste aller Welten sorgen, Neugierde und Wagemut belohnen und das Abenteuer des Lebens in Gang halten würden. Staaten kommt aus dieser Sicht die Aufgabe zu, ergebnisoffene Marktprozesse rechtlich-institutionell zu ermöglichen (deutsche Ordoliberale sahen dabei durchaus einen starken Staat vor). Politik darf jedoch nicht direkt ins Marktgeschehen intervenieren. Gegen diesen Versuch, die Marktsphäre von der Politik abzuschotten, argumentieren Demokratietheoretiker, dass der Geltungsanspruch und die Gestaltungskompetenz einer demokratisch organisierten Gesellschaft selbstverständlich auch die marktförmige Organisation wirtschaftlicher Prozesse und deren Verteilungsergebnisse zum Gegenstand haben können. Die Norm sozialer Gerechtigkeit wird gegenüber der «Marktgerechtigkeit» als prioritär eingestuft. Auch Streeck vertritt normativ den Primat des Politischen. Gleichzeitig hebt er aber mit der Doppelung des Volksbegriffs den «Bürger» und den «Investor» auf dieselbe Ebene. Er weist auf die Komplikation hin, die sich daraus ergibt, dass die Schnittmenge von «Staatsvolk» und «Marktvolk» aufgrund der zunehmenden Kapitalien der Altersversicherungen und der Kleininvestoren aus der Mittelschicht zunimmt (128 f.). Das macht diese Symmetrisierung allerdings nicht besser, ebenso wenig wie die vehemente Parteinahme für das «nationale Staatsvolk» und gegen das «internationale Marktvolk».

Streeck gerät auch deshalb auf den Holzweg, weil er neoliberale Autoren unhistorisch liest. Er bezieht sich zentral auf den Aufsatz «The Economic Conditions of Interstate Federalism», den Hayek zu Beginn des Zweiten Weltkrieges veröffentlichte und sieht in diesem Text nichts weniger als den «Konstruktionsplan für die Europäische Union von heute» (146). Hayek wollte Ende der 1930er Jahre die Planungsmacht von Nationalstaaten beschränken, einerseits durch Souveränitätsverschiebungen in Richtung zwischenstaatlicher Organisationsstrukturen, andererseits durch regionale Dezentralisierung von Kompetenzen. Er schreibt aber auch, dass es innerhalb eines solchen Mehrebenensystems nach wie vor einen breiten Spielraum für Wirtschaftspolitik gebe. Er richtete sich indessen klar gegen jene Methoden der Planung, die damals vorzugsweise unter diesem Begriff praktiziert wurden.⁵ Angesichts der propagandistischen Mobilisierungsdiskurse im Nationalsozialismus und der zentralistischen Fünfjahresplanmethode in der Sowjetunion muss

4 F. A. Hayek, *Evolution und spontane Ordnung* (Vortrag), Zürich 1983; ders., *Der Wettbewerb als Entdeckungsverfahren*, Kiel 1968.

5 F. A. Hayek, «The Economic Conditions of Inter-

state Federalism», in: *New Commonwealth Quarterly* V (1939) 2, wieder abgedruckt in: ders., *Individualism and Economic Order*, Chicago 1980, 255–272, hier 266 und 268.

selbstverständlich jedes demokratische Planungskonzept in die Kritik Hayeks einstimmen. Und wenn Hayek 1939 Lionel C. Robbins zitiert, der sagte, der Liberalismus des 19. Jahrhunderts hätte ganz einfach nicht verstanden, dass eine Interessensharmonie der Einwohner verschiedener Staaten nur innerhalb eines Systems internationaler Sicherheit möglich sei, so kann man auch nur beipflichten. Es bringt nichts, Hayeks Interesse an einer friedensfähigen und wohlstandssteigernden zwischenstaatlichen Ordnung zu denunzieren. Stattdessen müsste seine Verkennung der politischen Gesamtlage in den 1930er und 1940er Jahren kritisiert werden. Hayek wollte nicht sehen, dass die nationalsozialistische Verfolgung sich gleichermaßen gegen liberale und sozialistische Strömungen richtete; beide galten im «Dritten Reich» als Ausgeburt der Französischen Revolution. Antistalinistische Planungskonzepte in der europäischen und amerikanischen Linken konnte Hayek aufgrund seiner ideologischen Brille auch nicht wahrnehmen. Ebenso wenig gelang ihm eine angemessene Deutung der wohlfahrtsstaatlichen Entwicklung der Nachkriegszeit. Seine Kampfschrift *Der Weg in die Knechtschaft* (1944) verstellte ihm den Blick für den basalen *Modus operandi* des demokratischen Kapitalismus.

Das Wirtschaftswunder nach 1945 resultierte nicht einfach aus einer Rückkehr zum Markt. Vielmehr setzten sich in den kapitalistischen Industriegesellschaften die Ideen einer redistributiven Gerechtigkeit durch den (nationalen) Sozialstaat und einer statistisch informierten Makroplanung in einer *mixed economy* unter keynesianischen Vorzeichen durch. Die Lage entwickelte sich widersprüchlicher und komplexer, als Hayek sie zu erfassen imstande war. Das durch die USA finanzierte *European Recovery Program* wurde unter der Hand zum sogenannten Marshallplan. Damit verbanden sich neben Liberalisierungsschritten auch Lenkungs- und Steuerungsvorstellungen, die bald die geharnischte Kritik neoliberaler Beobachter auf sich zogen.⁶ Skepsis wurde von dieser Seite auch gegenüber der Montanunion, wie sie 1951 aufgrund der deutsch-französischen Verständigung als explizit «überstaatliche» Organisation zustandekam, und später gegenüber der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft von 1957 geäußert. Mit diesem europäischen Integrationsprozess wurde nämlich ein Mehrebenensystem aufgestartet, das die nationalen Wohlfahrtsstaaten und ihre Planungsansätze stützte. Das war nicht im Sinne Hayeks. Hingegen stand er Pate für die «vier Freiheiten» (die freie Zirkulation von Arbeit, Kapital, Gütern und Dienstleistungen), welche die Europäische Gemeinschaft 1985 mit dem «gemeinsamen Markt» proklamierte. Eine solche Liberalisierung wies allerdings damals schon eine lange Tradition auf. Das 1947/48 geschaffene GATT, mit dem der Weltmarkt von vielen Handelshemmnissen befreit wurde, und die Rückkehr zur Konvertibilität der Währungen im Jahre 1958 lösten weltwirtschaftlich belebende Effekte aus, die auch von sozialdemokratischen Parteien und Regierungen positiv

6 Der Begriff «neoliberal» wurde bereits Ende der 1930er Jahre geprägt, setzte sich jedoch erst seit

den 1980er Jahren verstärkt durch. Hayek hat sich später von dieser Bezeichnung distanziert.

bewertet wurden. Dass es in den 1980er Jahren dann Margaret Thatcher war, die mit neoliberaler Verve gegen die «Eurosclerose» und das «Bürokratiemonster in Brüssel» ins Feld zog, zeigt erneut, dass die Streecksche Langzeitgegenüberstellung von Keynesianismus und Hayekianismus von geringem Erkenntniswert ist.

Das Staatsvolk und die Fremden

Für Streeck ist der Euro «auch ein Geschöpf der Globalisierungseuphorie der 1990er Jahre». Die Währungsunion ist eine elementare Bedrohung; ihre Vervollendung würde «das Ende der nationalen Demokratie in Europa besiegeln – und damit der einzigen Institution, die noch für die Verteidigung gegen den Konsolidierungsstaat genutzt werden kann» (254 ff.). Hier wird die Argumentation stark unterkomplex. Die Parteinahme für den Nationalstaat geht einher mit einem unreflektierten Begriff des «Staatsvolkes». Die politische Demokratie vermochte sich im langen 19. Jahrhundert nur deswegen im Nationalstaat durchzusetzen, weil sie sich auf universelle Werte – auf die Menschenrechte – beziehen und daraus die Bürgerrechte schmieden konnte. Die Nation als Entfaltungsraum der Demokratie erwies sich genau aus diesem Grund als Hort einer strukturellen Diskriminierung. Die nationale Grenzziehung sanktioniert bis heute den Unterschied zwischen Bürgern und Menschen, zwischen «uns» und «ihnen». Die nationale «Wir»-Gruppe ringt im Innern eines politischen Gestaltungsraums um den demokratischen Gleichheitsanspruch; der Rest der Wohnbevölkerung (die nichtnationalen «Ausländer») bleibt mit großer Selbstverständlichkeit aus dieser «Gesellschaft der Gleichen» ausgeschlossen. Das egalitäre Modell der Demokratie definiert sich damit im Nationalstaat negativ, über einen undemokratischen Ausschluss.

Wenn wir noch einmal zum «Marktvolk» zurückkehren und dieser Metapher trotz der Grundsatzkritik für einen Moment gedankenexperimentell Kredit geben, dann fragt sich, wieso Streeck nicht auf die Idee kommt, dieses «Volk» auf all jene Menschen hin zu öffnen, die gleichsam «mit den Füßen» abstimmen und die in vielen Ländern Europas als Migranten arbeiten. Nicht nur wirtschaftlich starke EU-Staaten, sondern auch Nicht-Mitglieder wie die Schweiz, sind seit Langem tief in europäische und internationale Arbeitsmärkte integriert und zu Einwanderungsgesellschaften geworden. Die migrantischen Bevölkerungsgruppen stoßen jedoch da, wo sie arbeiten und leben, vielfach auf restriktive Einbürgerungsregimes und bleiben weitgehend von der politischen Willensbildung und Entscheidungsfindung ausgeschlossen. Das «Staatsvolk» schottet sich gegen sie ab. Diese Ausgrenzung «des Fremden» wird von nationalistischen Kräften für die imaginäre Stabilisierung des «Staatsvolkes» instrumentalisiert. Eine offene Konzeption des «Staatsvolkes», wie sie Streeck vorschwebt, wird gerade heute stark infrage gestellt durch Gruppierungen und Bewegungen, die einen ethnisch homogenisierenden, rassistisch aufgeladenen Volksnationalismus propagieren. Der Rekurs auf ein «Staatsvolk» bleibt unter diesen Bedingungen so problematisch, wie er schon immer war.

Es ist interessant, Streecks Argumente auf einige französische Autoren zu beziehen. Als nichtkommunistischer Linker hat auch Pierre Rosanvallon einen Hang zur Wiedergewinnung politischer Handlungsfähigkeit im nationalen Rahmen und plädiert am Schluss seiner Studie *Die Gesellschaft der Gleichen* für eine «Renationalisierung der Demokratien». Im Unterschied zu Streeck leitet er seine Skepsis gegenüber einem transnationalen Egalitarismus oder einer «Welt-Gleichheit» aus der Befürchtung ab, dass eine solche globale Wertbindung zu einer «Minimaldefinition von Gleichheit» führen wird. Weil diese «reduzierte Form von Gleichheit» zu einer «gewissen Gleichgültigkeit gegenüber sozialen Ungleichheiten» führt, fordert Rosanvallon eine Rückbesinnung auf jene ambitionierte Vorstellung von Gleichheit, die der Amerikanischen und Französischen Revolution auf die Sprünge verholfen hatte.⁷ Dabei warnt er eindringlich vor den «Dämonen der Identität und Homogenität»,⁸ die im Volksbegriff zum Ausdruck kommen. Das «Volk» spielt bei ihm denn auch theoretisch überhaupt keine Rolle. Es taucht hingegen als Problem auf.

Innerhalb derselben Problematisierung setzt Jacques Rancière einen anderen Akzent und fasst die Demokratie als spezifische Erscheinungssphäre eines Volkes. Als «Subjektivierungsweise des Politischen» ist Demokratie ein Regime der Sichtbarkeit und ein Ort eines Streithandelns, an dem das (menschenrechtliche) Gleichheitspostulat jederzeit von Neuem gegen die Privilegien der (bereits vorhandenen) Bürger ins Spiel gebracht und an dem die stumme Dunkelheit des Unrechts sichtbar gemacht werden kann. Rancière spricht von der «Auseinandersetzung zweier Logiken, die verflochten sind, ohne sich jemals versöhnen zu können»: auf der einen Seite «die Logik der Gleichheit eines jeden sprechenden Wesens mit einem jeden andern»; auf der andern Seite die Ordnungslogik der Gesellschaft, «die Funktionen, Stellen und Macht distribuiert und den Körpern ihre Stellen zuweist». Demokratie ist aus dieser Sicht die politische Selbstexpression eines Volkes, das mit sich selber nicht identisch sein kann. Das Volk bleibt unbestimmt, unterdeterminiert, seine Grenzen verschieben sich im Zusammenspiel von Inklusion und Exklusion. Anerkennung und Zugehörigkeit werden permanent neu ausgehandelt. Diese Aushandlungsprozesse sind dynamisch, sie lösen Veränderung aus und stellen etablierte Ordnungsmuster infrage. Der Wille eines «Staatsvolkes» bleibt im Fluss. Er wird durch Parteien, Organisationen und Bewegungen unterschiedlichster Couleur geformt. Staatstragende Parteien, die auf einen Ausgleich unterschiedlicher Interessengruppen hinarbeiten, sind in dieses Streithandeln ebenso involviert wie mächtige Interessenverbände oder Bewegungen, die sich einem nationalreligiösen Volksphantasma verschrieben haben und im Namen von rassistischen, ethnischen oder völkischen Homogenitätsidealen gegen Fremde, Feinde und Verräter losziehen.

7 P. Rosanvallon, *Die Gesellschaft der Gleichen*, Hamburg 2013, 352–354.

8 Ebenda, 17.

Funktionierende Demokratie muss diese Konflikte aushalten, sie bedeutet – so Rancière – «die Einführung einer Nicht-Identität mit sich selbst».⁹

Entgrenzte Demokratie

Demokratie ist nach Claude Lefort (auf den sich sowohl Rosanvallon wie Rancière beziehen) institutionalisierte Ungewissheit.¹⁰ Diese Einsicht hat Jürgen Habermas in seiner Studie zur «postnationalen Konstellation» zum Anlass genommen, um über die Zukunft der Demokratie auf neue Weise nachzudenken.¹¹ Wenn es zutrifft, dass der Nationalstaat im Zuge der Globalisierung, der europäischen Integration und auch der Autonomieforderungen von Regionen in seiner Fähigkeit, das Steuersubstrat abzuschöpfen, redistributive Gerechtigkeit herzustellen und wirtschaftliches Wachstum zu sichern, geschwächt wurde, so liegt die Lösung gerade nicht in einer Verteidigung des nationalen Souveränitätsprinzips. Habermas warnt ebenso vor einer Politik nationalen Einigeln wie vor einer Selbstnegation des Nationalstaates. Es gilt vielmehr, neue Möglichkeiten einer national entgrenzten Demokratie auf europäischer Ebene zu erproben. Angesichts der «hochartifiziiellen Entstehungsbedingungen des nationalen Bewusstseins» hält Habermas die Behauptung, nur im Rahmen eines Nationalstaates seien jene staatsbürgerlichen Solidarbeziehungen vorhanden, auf denen demokratische Prozesse aufbauen, für defätistisch. Politische Kräfte, die sich heute noch Gestaltungskraft zutrauen, müssten «innerhalb des nationalen Spielraums – des einzigen, in dem sie aktuell handeln (können) – auf den europäischen Handlungsspielraum vorausgreifen».

Habermas plädiert für einen kühnen politischen Vorgriff auf künftige Möglichkeiten. So könnten der Nutzung der Zukunft als Problemverschiebeparkhaus mittels Schuldenwirtschaft (wie ihn die kapitalistischen Finanzmarkteliten betreiben) neue Formen der Demokratie entgegengesetzt werden. Wolfgang Streeck will diese Herausforderung nicht annehmen. Er verfällt dem, was Habermas die «nostalgische Option» genannt hat. Er flüchtet sich in den Nationalstaat zurück und singt das «Lob der Abwertung», nicht ohne zu betonen, dass dies nichts mit «Kleinstaaterei» zu tun habe. Er plädiert für ein Bretton Woods-Währungssystem nach dem Zerschneiden der *Trentes glorieuses* und glaubt, damit ließen sich drängende Wirtschafts-

probleme lösen. Die Polemik gegen «das markttechnokratische Durchregieren der Eurofanatiker» (255) endet mit dem Vorschlag, man solle einerseits zu nationalen Währungen zurückkehren und andererseits den Euro als «denationalisierte Leit- und Ankerwährung weiterbestehen» (253) lassen. Im hinteren Teil des Buches wird die Analyse von Streeck überhaupt mit Vergangenheit geflutet. Das schwierige Nachdenken über eine regional dissipierte und zugleich transnationale Mehrebenen-Demokratie, die sich aus ihrer prekären historischen Schicksalsgemeinschaft mit der «Nation» emanzipiert und damit auch den Nationalstaat neu positioniert, geht schon im Ansatz zugrunde. So bleibt das Flirten mit einer «destruktiven Opposition» mit dem desparaten Ziel, die «retardierende Wirkung der Restdemokratie in den Nationalstaaten zu verstärken» (218). Streeck verschießt das theoretische Pulver, das sein Buch im ersten Teil zur Rettung der Demokratie bereitstellt, im zweiten Teil für die Nation. Er füllt diesen leeren Signifikanten mit Ideen von gestern. Der Kampf gegen den «demokratiefreien Einheitsmarktstaat» (256) kann dann nur noch in einem historischen Echoraum stattfinden.

Jakob Tanner

Forschungsstelle für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte
Universität Zürich
Rämistrasse 64
CH-8001 Zürich
e-mail: jtanner@hist.uzh.ch

9 J. Rancière, «Demokratie und Postdemokratie», in: A. Badiou et al., *Politik der Wahrheit*, Wien 1997, 94–133, vor allem 98–103; Vgl. auch ders., *Das Volk und seine Fiktionen. Interviews 2003–2005*, Wien 2013; J.-L. Nancy, *Die undarstellbare Gemeinschaft*, Stuttgart 1988.

10 C. Lefort, *Essais sur le politique, XIXe-XXe siècles*, Paris 1986; ders., *Complications: Communism and the Dilemmas of Democracy*, New York u.a. 2007. Ihm folgt J.-W. Müller, *Das demokratische Zeitalter: eine politische Ideengeschichte Europas im 20. Jahr-*

hundert, Berlin 2013, 407. Einen Überblick über diese Diskussion gibt: T. Bonacker, «Gesellschaft Warum die Einheit der Gesellschaft aufgeschoben wird», in: S. Moebius / A. Reckwitz (Hg.), *Poststrukturalistische Sozialwissenschaften*, Frankfurt am Main 2008, 27–42.

11 J. Habermas, «Die postnationale Konstellation und die Zukunft der Demokratie», Online-Akademie der Friedrich-Ebert-Stiftung: <http://library.fes.de/pdf-files/akademie/online/50332.pdf>.